

NIEDERSCHRIFT

über die 40. Plenarsitzung des **Gemeinderates** am Dienstag, 17. Juli 2007,
15:30 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters
Heinz Fenrich

ÖFFENTLICHE SITZUNG

25.

Punkt 22 der Tagesordnung: Antrag des Stadtrats Klaus Stapf und der Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 19. Juni 2007:

Geplante Verbrennungsanlage der Papierfabrik Stora Enso

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 22, Vorlage Nr. 1067Antrag, zur Behandlung auf.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE): Wir müssen uns zurzeit nicht nur mit den EnBW-Planungen auseinandersetzen. Es gibt auch noch weitere Verbrennungsanlagen am Rhein, die geplant sind: Das eine ist die der Papierfabrik Palm auf der pfälzer Seite, bei uns ist es die Papierfabrik Stora Enso, die einen neuen Verbrennungsofen plant. Dabei soll die Energieversorgung von bisher Gas auf dann Kohle umgestellt werden. Außerdem sollen noch Papierschlämme und undefinierte Ersatzbrennstoffe verbrannt werden, darunter auch Altholz aller Schadstoffklassen.

Wir möchten, dass die Stadt dieses Verfahren schon im Vorfeld offensiv begleitet und sich frühzeitig einmischt. Das ist das Ziel unseres Antrags. Zum einen möchten wir, dass die Bürger frühzeitig und umfassend über die Gesamtbelastung, die auf sie zukommt, informiert werden. Deswegen möchten wir, dass da eine öffentliche Veranstaltung hierzu durchgeführt wird, wozu auch insbesondere die Bürger in den Stadtteilen eingeladen werden, die hauptsächlich betroffen sein werden. Wir wollen,

dass eine öffentliche Auseinandersetzung und Diskussion auf breiter Basis stattfindet.

In der Antwort der Verwaltung heißt es, dass das in Form eines öffentlichen Erörterungstermins sein kann. Wir meinen aber nicht, dass dies eine Alternative dazu ist. Natürlich wird es diese öffentliche Erörterung geben. Das ist auch sinnvoll. Dort geht es aber darum, dass Einwendungen behandelt werden. Uns geht es zunächst einmal darum, dass aufgeklärt wird und auch nach Möglichkeiten gesucht wird, da etwas anders und besser machen zu können.

Der zweite Punkt unseres Antrags bezieht sich auf das Emissionsgutachten, von dem heute schon unter dem Tagesordnungspunkt zum EnBW-Kraftwerk die Rede war. Dieses soll veröffentlicht werden. Das ist zunächst einmal positiv. Hierzu ist die Antwort der Verwaltung auch zustimmend, dass dies ins Internet eingestellt werden soll. Wir meinen aber, dass das Einstellen des Gutachtens im Internet nicht ausreichend ist. Wir haben heute schon angesprochen, dass wir auch bezüglich dieser Studie durchaus Kommentierungsbedarf sehen. Wir würden es auch für sinnvoll halten, das noch in anderen Medien zu präsentieren, auch einmal einen Artikel in der Zeitung zu schreiben. Unserer Meinung nach würde sich auch eine öffentliche Veranstaltung eignen, um da noch manche Relationen klarzustellen. Wir würden es auch begrüßen, wenn dort Vertreter des Gesundheitsamtes sich äußern könnten.

Der dritte Punkt unseres Antrags bezieht sich darauf, dass die Stadt frühzeitig mit Stora Enso Gespräche aufnimmt. Das sollte mit folgenden Zielen geschehen:

1. Statt Kohle soll Gas verbrannt werden. Dazu habe ich mich heute schon bei einem anderen Tagesordnungspunkt ausführlich geäußert.
2. Es sollen nur eigene Abfälle verbrannt werden.
3. Die eigenen Papierschlämme sollen nach neuestem Stand der Technik aufbereitet und vorbehandelt werden, sodass die Schadstoffemissionen weitestgehend reduziert werden, die dort zu erwarten sind.

4. Prozesswärme, die im Rheinhafen schon erwähnt wurde, ist ausreichend vorhanden. Diese sollte auch von Stora Enso genutzt werden. Hierüber hat es auch schon Verhandlungen zwischen Stora Enso und der EnBW gegeben, die bisher aber offenbar ergebnislos verlaufen sind. Wir meinen, die Stadt sollte darauf drängen, dass da wieder etwas in Bewegung kommt.

Es ist klar, dass die Stadt keine Vorgaben machen kann. Vielleicht hat Stora Enso auch ein gewisses Interesse, ihr Image zu pflegen.

Uns ist die Antwort der Verwaltung in manchen Punkten etwas zu unverbindlich, obwohl sie uns in manchen Punkten auch entgegenkommt. Wir bitten einfach darum, dass da noch etwas mehr an Öffentlichkeitsarbeit passiert, dass an die Sache noch etwas offensiver herangegangen wird. Aus unserer Sicht ist das, was von Stora Enso zurzeit an Planung auf dem Tisch liegt, noch nicht zustimmungsreif.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Müllerschön (SPD): Ich mache es relativ kurz. Ich denke schon, Herr Oberbürgermeister, dass wir keinen direkten Zugriff zu dem Verfahren haben, dass aber die Öffentlichkeit von der Stadt schon informiert werden müsste. Vielleicht kann man das im Zusammenhang mit dem RP tun - das betrifft Punkt 2 des Antrags -, wo das Gutachten vorliegt, dass man dieses parallel gleich mit vorstellt.

(**Stadtrat Dr. Fischer/KAL:** Am gleichen Tag!)

Das kann man auch kombinieren. Punkt 2 ist nun natürlich nicht RP-Sache, sondern das ist unsere Aufgabe gewesen. Das Gutachten hat die Stadt Karlsruhe gemacht. Deshalb könnte man dieses meines Erachtens zusammen auch der Öffentlichkeit näherbringen.

Zu Punkt 3 möchte ich sagen, da könnte man natürlich im Erörterungstermin alle Punkte durchgeben. Was für uns nicht klar ist, sind die Ersatzbrennstoffe. Die sind momentan noch nicht definiert. Wenn wir bis Schadstoff Nr. 4 gehen, haben wir schon Probleme und wissen nicht, wie sich das auf die Emissionen auswirkt. Von

daher, Herr Oberbürgermeister, denke ich schon, dass wir die Öffentlichkeit auch moralisch informieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Høyem (FDP/Aufbruch): Liberal zu sein, bedeutet auch wirtschaftsfreundlich zu sein. Ich denke, dass wir uns deutlich bei Stora Enso bedanken sollten, dass dieses Unternehmen Karlsruhe als Standort gewählt hat und dass man in die Zukunft investieren will. Das ist leider heutzutage keine Selbstverständlichkeit.

Dass die Emissionen auch den Regeln und Bedingungen folgen müssen, die in Baden-Württemberg Rechtskraft haben, ist selbstverständlich für uns und für Stora Enso. Wir folgen also sehr gerne der Antwort der Verwaltung.

(Beifall bei FDP/Aufbruch)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Schon bei Tagesordnungspunkt 6 hatte ich erwähnt, dass die Karlsruher Liste große Probleme mit den Vorstellungen der Firma Stora Enso hat, ein eigenes Kraftwerk zu bauen, eine eigene Energieversorgung aufzubauen, eine eigene Prozesswärmeerzeugung zu betreiben. Wenn ich es richtig im Kopf habe, hatten wir von den Stadtwerken lange mit Stora Enso verhandelt. Dies war ein Konsortium zwischen EnBW und Stadtwerken. Wir als Konsortium können beispielsweise Prozesswärme aus dem Rheinhafendampfkraftwerk anbieten. Das ist eben keine Fernwärme, das muss einem klar sein, sondern das ist Prozesswärme auf einem ganz anderen Temperaturniveau, die bei etwa 250 Grad liegt, hat ein anderes Druckniveau. Das könnte man aber wunderbar beim RDK auskoppeln.

Es scheint so zu sein, dass diese Firmenphilosophie, die wohl aus dem Heimatland von Stora Enso kommt, die selbständig sein wollen, sich also nicht mit Energieversorgern koppeln, über die Interessen der Allgemeinheit gestellt wird. Das hatte ich vorhin schon kritisiert. Die Interessen der Allgemeinheit sind aber keine kumulative Wirkung irgendwelcher Schadstoffe in Karlsruhe. Von daher gesehen bin ich sehr dankbar über die Antwort der Verwaltung. Hier ist zu spüren, in der Verwaltung haben wir Unterstützung.

Wir wollen Stora Enso nicht etwas "vor den Latz knallen". Man muss aber mit dem Unternehmen reden und deutlich machen, dass es auch eine Verantwortung für diese Stadt hat. Es geht auch um dessen Image. Mit solchen Maßnahmen wird man nicht gerade beliebter. Oder um es mit den Worten des Kollegen Høyem zu sagen: Danke, dass Stora Enso seinen Standort in Karlsruhe gewählt hat. Danke, dass sie sich mit uns um eine Lösung bemühen, die allen Interessen entgegenkommt.

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Inhaltlich kann ich mich den Ausführungen von Herrn Høyem und des Kollegen Dr. Fischer anschließen. Ich möchte aber gerne einen Punkt aufgreifen, der jetzt auch verstärkt in der Vergangenheit durch Anträge der Grünen bei mir einen bestimmten Eindruck hinterlassen hat: Wir haben eine bestimmte Verwaltungsstruktur, wir haben bestimmte Instrumente, die für Verfahren genutzt werden und die auch entsprechend koordiniert und moderiert werden. Zu Recht hat die Verwaltung die Ziffer 1 auf den Punkt gebracht, dass für das emissionschutzrechtliche Genehmigungsverfahren das Regierungspräsidium zuständig ist mit Öffentlichkeitsterminen, mit Scopingterminen. Ich würde auch davor warnen, dass die Stadt Karlsruhe parallel dazu Öffentlichkeitsarbeit macht. Das ist nicht ihre Aufgabe in diesem Bereich, zumal man Stora Enso zugute halten muss, dass sie selbst progressive Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Nicht nur die Gemeinderäte hatten dort die Möglichkeit, sich informieren zu lassen, sondern auch schon die Bürgervereine. Meines Erachtens ist das Aufgabe des Anlagenbetreibers, dieses auch zu tun. Das wünschen wir uns auch, dass das von Stora Enso selbst kommt, nicht aber unter der Federführung der Stadt Karlsruhe.

Zum Punkt 2, zum Gutachten: Positiv ist, dass das Gutachten im Internet eingestellt ist. Ich hatte es so, Frau Lisbach, in Erinnerung, dass der Vertreter des Gesundheitsamtes im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit schon eine Position dazu abgegeben hat, zwar nicht ausführlich, aber prägnant auf den Punkt gebracht. Deswegen verstehe ich nicht, dass Sie das hier aufgreifen und in den Raum stellen, als ob das noch problematisch ist.

Bei dem dritten Punkt möchte ich mich anschließen: Wir unterstützen die Investitionen von Stora Enso. Dort aber, wo wir die Verantwortung haben - das ist nämlich

das, was Kollege Müllerschön ausgeführt hat -, müssen wir bei den Ersatzbrennstoffen ein waches Auge darauf haben, welche Stoffe dort verbrannt werden und wie sich die Emissionen entwickeln. Das werden wir auch kritisch im Rahmen der Stellungnahme bei der Anhörung der Träger öffentlicher Belange auf den Punkt bringen. Das ist meines Erachtens unsere Aufgabe, das sollten wir tun.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Kunz (ÖDP): Auch ich schließe mich weitestgehend der Verwaltung an. Das Einzige, was für mich kritisch zu betrachten ist, ist der dritte Punkt, das sind die Schadstoffe, die ausgeblasen werden. Da muss ich sagen, bin ich auch stark daran interessiert, dass man die Schadstoffgruppe 4 oder vielleicht auch noch 3 wegbekommt. Wenn die Stadt mithilft, ist mit Sicherheit auch möglich, dass wirklich nur Holz verbrannt wird.

Erster Bürgermeister König: Zur Öffentlichkeitsarbeit möchte ich zunächst Folgendes sagen: Was Stora Enso bisher gemacht hat, ist sehr gut, ist optimal. Stora Enso geht forsch an die Sache heran. Sie informieren regelmäßig. Ich kann Ihnen sicher sagen, dass wir als Stadt über das Umweltamt mit Stora Enso zusammenarbeiten und dass wir dort ein gewichtiges Wort mitreden können.

Was das Gutachten anbelangt, kann ich insoweit das sagen, dass wir eine Pressemitteilung über das Gutachten herausgegeben haben. Dieses ging an die Medien. Das Gutachten steht im Internet. In den Medien ist ein Hinweis darauf zu finden, dass das Gutachten dort selbst gelesen werden kann.

Warum Stora Enso ein eigenes Kraftwerk bauen will, hat wirtschaftliche Gesichtspunkte, wie sich jeder denken kann. Stora Enso sagt, bei der Energiemasse, die sie von EnBW oder von den Stadtwerken übernehmen müssen, ist ihnen das zu teuer. Deshalb versuchen sie über dieses Kraftwerk ihre Energie selbst zu bekommen. Das wäre im Endeffekt billiger als die Lieferung von Stadtwerken oder EnBW.

Insgesamt kann ich Ihnen sagen, ist die Zusammenarbeit zwischen Stora Enso und der Stadtverwaltung sehr gut.

Der Vorsitzende: Auch ich darf Ihnen aus meinen Erfahrungen, beispielsweise aus der Bürgerversammlung in Knielingen, wo diese Frage auch aufgetaucht ist, sagen: Ich bin sehr froh darüber, dass die Firma Stora Enso bereits in der Vergangenheit umfassend informiert hat. Sie hat eingeladen in ihr Unternehmen, sie hat eingeladen, um dort zu berichten. Ich bin auch sehr froh darüber, dass die Firma Stora Enso erklärt hat, dass sie dieses Verfahren soweit es nur möglich ist, öffentlich gestalten wird. Das hat Stora Enso erklärt, daran dürfen wir uns auch halten. Das war zu dem Zeitpunkt, wie ich finde, von einer Firma schon ein großes Entgegenkommen, nämlich im Voraus zu erklären, wir wollen ein öffentliches Verfahren.

Eine zweite Bemerkung: Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Parallelveranstaltungen zum immissionsschutzrechtlichen Verfahren zu machen. Wir können es auch nicht, weil möglicherweise inhaltliche Fragen aufgeworfen werden, die wir gar nicht behandeln können. Wir bringen aber das, was wir zu beteiligen haben, was wir zu sagen haben, in unserer Stellungnahme in der Anhörung zum immissionsschutzrechtlichen Verfahren ein. Das haben wir heute Nachmittag in anderem Zusammenhang auch schon miteinander besprochen. Eine öffentliche Veranstaltung hielte ich aber für völlig falsch. Wenn wir das tun würden, würden wir Parallelstrukturen aufbauen. Darüber hinaus würden wir möglicherweise gar nicht sehr weit kommen, weil wir gewisse Dinge nicht beantworten können.

Davon unberührt bleibt selbstverständlich, dass wir neben der Stellungnahme im immissionsschutzrechtlichen Verfahren im Gespräch mit der Firma sind, dass wir die Firma selbstverständlich beraten - auch schon im eigenen Interesse, nämlich von der Liefenseite her - und gemeinsam versuchen wollen, Wege zu finden, wie man dort eine sinnvolle Bereitstellung der notwendigen Energie ermöglichen kann.

Dass diese Gespräche stattfinden, kann ich Ihnen zusagen. Dass das Unternehmen Interesse daran hat, so wirtschaftlich wie möglich unter Berücksichtigung der ökologischen Notwendigkeiten zu arbeiten, das dürfen wir diesem Unternehmen unterstellen. Auch dafür bin ich froh, dass es so ist. Denn das weiß ich aus manchen Äußerungen, die ich gehört habe.

Wir haben Ihnen empfohlen bezüglich Punkt 2, dem Antrag zuzustimmen, teilweise Punkt 3. Punkt 1 aber müssen wir ablehnen.

Sie sind einverstanden mit der Stellungnahme der Stadt?

Stadtrat Müllerschön (SPD): Sicherlich, Herr Oberbürgermeister, Sie haben einiges angesprochen. Die Stadtverwaltung bzw. der Gemeinderat wird noch eine öffentliche Stellungnahme abgeben. Da stellt sich jetzt die Frage, ob man im Vorfeld dieser öffentlichen Stellungnahme vielleicht noch die Bürgerinnen und Bürger informiert. Dann hat man schon gewisse Parameter. Natürlich haben Sie Recht, Stora Enso hat bisher gut informiert. Was wir aber bis jetzt nicht wissen, sind eben die fremden Ersatzbrennstoffe. Da kann ich im Moment alles verstehen. Das macht uns eigentlich Angst. Dass sie ein Kraftwerk mit 170 MW bauen wollen, ist uns klar. Es ist klar, dass sie ihre eigenen Schlämme verbrennen wollen, dass sie Holz verbrennen wollen. Dann kommt es eben darauf an, wie viel belastetes Holz, wie viel Ersatzbrennstoffe dies sind. Diese Ängste sind vorhanden. Da hat Stora Enso bisher nicht informiert. Da müssten wir meines Erachtens schon noch etwas mehr wissen. Entweder kommt das dann von Stora Enso freiwillig oder die Stadt muss da aktiv werden.

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Müllerschön, wenn ich das richtig verstanden habe, hat die Firma Stora Enso gesagt, sie wollen ein öffentliches Verfahren. Das heißt, sie machen alles das zugänglich, was sie machen. Wir sind ja noch gar nicht so weit. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Ich halte es auch für gänzlich abgeschlossen, bevor wir eine Stellungnahme abgeben, mit den Bürgern zu sprechen. Worüber soll ich denn sprechen? Ich kann mir dann auch nur Teilbereiche herausheben, die ich weiß und beantworten kann. Wenn es um betriebliche Dinge geht, kann ich das beispielsweise nicht tun. Das muss man im Zusammenhang sehen. Sonst macht man den Fehler, dass man Dinge aus einem Gesamtproblem herausbricht, dadurch möglicherweise zu falschen Schlüssen kommt, die bei einer Gesamtbeurteilung völlig anders zu bewerten sind. Deshalb macht das wenig Sinn.

Klar ist, wir werden als Stadt eine Stellungnahme im Verfahren abgeben, das ist logisch. Klar ist auch, wir bauen darauf und ich vertraue auch darauf - ich habe auch

keinen Grund, darauf nicht vertrauen zu können -, dass die Firma Stora Enso entsprechend verfahren wird. Da habe ich zur Firma Stora Enso vollstes Vertrauen.

Wir nehmen die Anregungen von heute mit in unsere Gespräche mit Stora Enso. Da können Sie gewiss sein.

Beschluss: Zustimmungende Kenntnisnahme

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Verteiler

Ratsinformationssystem
Stadtrat Stapf (GRÜNE)
Stadträtin Lisbach (GRÜNE)
ZJD
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten 2-mal

HA - Sitzungsdienste -
31. Juli 2007